

Alexander Kleiss • Merle Weber

WARUM DIE AFD KEINE FRIEDENSPARTEI IST



Inhalt

Einleitung	3
Verteidigungspolitische Positionen der AfD	4
Aufrüstung	4
Rüstungsindustrie	6
Wehrpflicht	6
Auslandseinsätze	7
Die AfD – eine Soldatenpartei	8
Soldaten und Rüstungslobbyisten im Verteidigungsausschuss	8
Selbstdarstellung als Soldatenpartei	10
AfD und Militär in rechten Netzwerken	10
Einordnung der Gesamtstrategie	12
Zurück zur eigenen Kraft	12
Fluchtursachen bekämpfen	12
Geopolitik einer Mittelmacht	14
Schulterchluss mit Russland	16
Blinder Fleck: Ostimperialismus	16
Keine Friedenspartei	18
Interview mit Tobias Pflüger	5



Impressum

Herausgeber der Studie „Warum die AfD keine Friedenspartei ist“ ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen. (www.imi-online.de) - Redaktionsschluss 1. April 2024.

Die Studie wurde gefördert durch die Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin. (www.rosalux.de)

Titelbild: Protest der AfD gegen die Ukraine-Politik der Bundesregierung, Berlin 2022, Foto Matthias Berg (Flickr).

Einleitung

Die extrem rechte Partei Alternative für Deutschland (AfD) inszeniert sich seit Beginn des Ukrainekriegs immer vehementer als Friedenspartei – ja zum Teil sogar als die vermeintlich einzige Friedenspartei. So schreibt beispielsweise der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen auf seiner Homepage: „Die AfD ist die einzige Partei im Bundestag, die sich für Frieden einsetzt und ein Konzept vorgelegt hat, wie er zu erreichen ist und was Deutschland dazu beitragen kann.“¹ Auf den Social-Media-Kanälen der AfD-Abgeordneten finden sich immer häufiger Friedenstauben. Die AfD bemüht sich um Friedensbewegte als potenzielle Wähler*innen und versucht, in der Friedensbewegung Fuß zu fassen.

Für ihre Selbstinszenierung als Friedenspartei bezieht sich die AfD vor allem auf den Krieg in der Ukraine. Die AfD setzt sich für Verhandlungen mit Russland und gegen Waffenlieferungen und Sanktionen gegen die russische Wirtschaft ein. Auch bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt es eine gewisse Skepsis, wenn auch keine grundlegende Ablehnung seitens der AfD.

Diese Positionierung allein macht die AfD jedoch noch nicht zu einer Friedenspartei. Eine echte Friedenspartei müsste sich konsequent und generell gegen militärische Problemlösungen, Aufrüstung, Rüstungsexporte, die Wehrpflicht und das Militär positionieren.

Diese Studie prüft in einem ersten Schritt die Behauptung der AfD, Friedenskraft zu sein. Dazu werden die Programmatik (anhand des Grundsatzprogramms und des aktuellen Europawahlprogramms), die Reden im Bundestag und das Abstimmungsverhalten der AfD in diesen Politikfeldern untersucht. Hierbei wird klar, dass die

AfD sich klar für eine Aufrüstung der Bundeswehr positioniert.

Anschließend werden die grundlegenden sicherheits- und außenpolitischen Positionen der AfD aus den Programmen und Strategiepapieren der Partei und öffentlichen Äußerungen von AfD-Politiker*innen herausgearbeitet. Auf dieser Grundlage wird der Frage nachgegangen, warum eine deutschnationale Aufrüstungspartei die Friedensfahne schwenkt.

Hinter der vermeintlich widersprüchlichen Politik der AfD zwischen Friedensdemos und Aufrüstungsprogrammatik kommt eine machtpolitische Gesamtstrategie zum Vorschein: mit den russischen Ressourcen und neuer militärischer Stärke raus aus der Abhängigkeit von den USA. Die Behauptung der AfD, Friedenspartei zu sein, entpuppt sich als haltlos. Hinter der oberflächlichen „Friedenspolitik“ der AfD stehen Rassismus und antiamerikanische Bündnispolitik. Eine Friedenspartei braucht weder eine starke Armee noch eine nationale Rüstungsindustrie – beides zentrale Forderungen der AfD.

Verteidigungspolitische Positionen der AfD

Aufrüstung

In ihrem Grundsatzprogramm von 2016 fordert die AfD unter dem Punkt „Bundeswehr stärken“ eine Aufrüstung der Bundeswehr, da diese angeblich „nur noch bedingt einsatzbereit“ sei.² Die Bundeswehr sei „über nahezu drei Dekaden hinweg vernachlässigt“ worden. Eine Aufrüstung der Bundeswehr sei „Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.“³

Auch in ihrem Programm für die Europawahl 2024 schreibt die AfD, sie verfolge das Ziel einer „umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität“.⁴ Durch starke eigene Streitkräfte sei es mittelfristig möglich, ohne amerikanische Streitkräfte „auf deutschem Boden“ auszukommen. Aktuell sei die Bundeswehr aber „zahlenmäßig“ und „ausrüstungstechnisch“ nicht zur Verteidigung des Bundesgebietes in der Lage, weshalb „unverzüglich“ gehandelt werden müsse: ein klares Plädoyer für mehr Aufrüstung – sowohl finanziell als auch personell.⁵

Diese Politik der Aufrüstung setzt die AfD auch im Bundestag um. So stimmte sie in der Vergangenheit den meisten Aufrüstungsprojekten im Verteidigungsausschuss des Bundestags zu (siehe Interview mit dem ehemaligen Abgeordneten im Verteidigungsausschuss Tobias Pflüger).

Das bedeutendste Aufrüstungspaket der jüngsten Vergangenheit war das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, das am 3. Juni 2022 im Bundestag beschlossen wurde. Hier war die AfD-Fraktion gespalten. Bei der Abstimmung über das Aufrüstungspaket

stimmten bei sechs Enthaltungen 33 AfD-Abgeordnete mit Ja, 35 mit Nein.

Die AfD stellte es ihren Abgeordneten frei, wie sie zum 100-Milliarden-Sondervermögen abstimmen, da der Beschluss überhastet und dadurch schwer zu überprüfen gewesen sei, so der Abgeordnete Bernd Baumann in seiner Rede anlässlich der anstehenden Abstimmung. Die Kritik der AfD-Fraktion bezieht sich jedoch nicht auf die Aufrüstung an sich, sondern vielmehr darauf, dass 100 Milliarden Euro zu wenig seien oder dass das Aufrüstungspaket über Schulden und nicht aus dem regulären Haushalt finanziert werden solle.⁶

So beklagt auch der AfD-Abgeordnete Michael Ependiller, die Bundeswehr sei kaputt gespart worden. Alle Parteien außer der AfD seien schuld daran, dass „die Bundeswehr so heruntergewirtschaftet wurde“. Die üppige Finanzspritze für die Bundeswehr begrüße er, aber diese müsse ohne neue Schulden erreicht werden.⁷

Der AfD-Abgeordnete Gerold Otten sagte in seiner Rede: „Eine solide Finanzierung der Bundeswehr sowie die Erreichung des 2%-Ziels waren von Anfang an zentrale Forderungen der Alternative für Deutschland.“⁸ Andere Parteien hätten sich in den letzten Jahren im Gegensatz zur AfD gegen Rüstungsprojekte gestellt. Zum Sondervermögen sagte er: „Mehr Geld für die Bundeswehr ist dringend nötig, keine Frage! [...] 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sind also dringend notwendig. Wenn Sie aber den Wiederaufbau unserer Streitkräfte ernsthaft wollen, braucht die Bundeswehr deutlich mehr Geld und das über einen längeren Zeitraum. Es erfordert künftig einen stetigen und berechenbaren Aufwuchs des Verteidigungsetats.“⁹ In einer zweiten

Interview mit Tobias Pflüger

Tobias Pflüger war von 2017 bis 2021 Mitglied im Verteidigungsausschuss und verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Welchen Eindruck hatten Sie von den AfD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss? Haben die Friedenspolitik gemacht?

Tobias Pflüger: *Nein, Friedenspolitik haben die nie gemacht. Die meisten der AfD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss hatten einen „Militärhintergrund“, heißt, sie waren zumeist jahre- oder jahrzehntelang bei der Bundeswehr.*

Das Agieren der AfD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss ist „unauffällig“, zu meiner Zeit spielten sie bei den wichtigsten politischen Kontroversen keine „auffällige“ Rolle. Eine negative Ausnahme bildete die sich die ganze Legislaturperiode durchziehende Debatte zu rechten Netzwerken in der Bundeswehr und speziell beim Kommando Spezialkräfte (KSK), hier fielen die AfDler durch Verharmlosung und Leugnung des Problems auf. Der Abgeordnete Jan Nolte, er trägt als Berufsbezeichnung „Soldat“, beschäftigte eine Zeit lang Maximilian T., gegen den die Bundesanwaltschaft ermittelte im Zusammenhang mit Franco Albrecht. Es ist also zu vermuten, dass auf diesem Wege Informationen aus dem Verteidigungsausschuss zu rechten Netzwerken in der Bundeswehr auch in Kreise gelangten, gegen die wegen rechtsextremistischer Aktivitäten ermittelt wurde.

Interessant ist, dass eine Nähe zu Rüstungsfirmen bei den AfD-Abgeordneten, ebenso gegeben ist, wie etwa bei einigen Abgeordneten von CDU und CSU-, SPD- oder FDP.

Insgesamt war die AfD im Verteidigungsausschuss spezieller Teil des „Militärblocks“, der von Grünen über die FDP und SPD zu CDU/CSU und AfD reichte.

Im Verteidigungsausschuss werden alle Rüstungsprojekte, die den Haushalt mit mehr als 25 Mio. Euro belasten, im Verteidigungsausschuss einzeln abgestimmt. Wie hat die AfD sich da in der Regel verhalten?

Bei den meisten 25 Mio.-Vorlagen, also bei den meisten Rüstungsprojekten stimmte die AfD zu, es gab einzelne Ausnahmen. In der Regel hat die AfD die Vorlagen aus dem Verteidigungsministerium z.B. zu Auslandseinsätzen oder Rüstungsprojekten unterstützt. Manchmal wurden Anmerkungen zu Rüstungsprojekten gemacht, deren Quelle offensichtlich aus der Bundeswehr stammten. Bei den Auslandseinsätzen gab es welche, die die AfD nicht mitgetragen hat, das dann aber zumeist aus rassistischen oder nationalistischen Gründen.

Bei den Rüstungsprojekten waren es da schon weniger, die die AfD nicht mittragen wollte. Auch und gerade die (Milliarden Euro) teuren Großprojekte wurden von der AfD in der Regel mitgetragen.

Die Positionen der AfD wurden als Teil der „Logik“ der dortigen Abstimmungen verstanden, im Gegensatz z.B. zum Abstimmungsverhalten der LINKEN – zu meiner Zeit haben wir als LINKE gegen alle Kriegswaffenprojekte gestimmt. Die AfD befand sich innerhalb der militärischen (Un)-Logik.

Welche Einschätzung haben Sie zur Selbstdarstellung der AfD als Friedenspartei vor diesem Hintergrund?

*Die AfD ist keine Friedenspartei. Konflikte werden bei der AfD gerne so diskutiert, dass Militäreinsätze „normal“ sind. Es gibt zwar nicht, wie bei FDP oder Grünen viele Abgeordnete, die eher militärfern „Krieger*innen mit heißen Herzen“ sind, die gerne sofort und überall die Bundeswehr einsetzen wollen, oder Waffen liefern wollen in alle Welt, besonders in Krisen- und Kriegsgebiete; bei der AfD sitzen eher Militärs und Rüstungsleute direkt am Tisch. Es besteht eine sehr hohe Militäraffinität bei der AfD, in gewisser Weise ist die AfD eine Militärpartei. Nicht wenige Abgeordneten haben Bezüge zur oder von der Bundeswehr oder zur oder von der Rüstungsindustrie, auch von den Abgeordneten, die nicht im Verteidigungsausschuss gelandet sind. Krieg als Mittel der Politik ist auch AfD-Programm. Die AfD ist damit de facto Teil des Militär-industriell-politischen Komplexes dieses Landes, eben der offen nationalistisch-rassistische Teil davon. Friedenspolitik ist das nicht.*

Rede zum Thema begründete er die ambivalente Haltung der AfD-Fraktion zum Sondervermögen außerdem wie folgt: „Die Bereitstellung hätte aber auch ohne Grundgesetzänderung zur Schuldenfinanzierung und zur Umgehung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse erreicht werden können.“ Er hätte es bevorzugt, wenn die Aufrüstung der Bundeswehr durch einen dauerhaften Sparkurs in anderen Bereichen erreicht worden wäre, statt über die Aufnahme von Schulden. 100 Milliarden Euro seien außerdem zu wenig.¹⁰

Alle Redner*innen der AfD begrüßten das Aufrüstungspaket somit grundsätzlich, teilweise ging es ihnen jedoch nicht weit genug oder sie kritisierten die Finanzierung durch neue Schulden. Die aktuelle Aufrüstungspolitik der Ampel-Regierung trägt die AfD also trotz ihres ambivalenten Verhältnisses zum Sondervermögen grundsätzlich mit – sie setzt sich sogar für mehr Aufrüstung ein.

Rüstungsindustrie

Angesichts des Aufrüstungsprogramms, das die AfD anstrebt, ist es wenig verwunderlich, dass die AfD auch der deutschen Rüstungsindustrie sehr positiv gegenübersteht und für deren Ausbau plädiert. In ihrem Programm für die Europawahl 2024 schreibt sie: „Die AfD fordert den Erhalt und Ausbau der wehrtechnischen Fähigkeiten, die Sicherung der in diesem Hochtechnologiesektor bestehenden Arbeitsplätze sowie Planungssicherheit für die deutsche Industrie und unsere Streitkräfte. Dafür müssen unter anderem neue wehrtechnische Programme initiiert werden.“¹¹ Auch im Grundsatzprogramm heißt es: „[...] Deutschland [benötigt] Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung [...] höchsten internationalen Standards entsprechen [...] und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzierter Bürokratie vorhalten.

Eng damit verbunden sind unverzichtbare nationale wehrtechnische Fähigkeiten, um in Schlüsseltechnologien national unabhängig zu bleiben, mit der Weltspitze Schritt zu halten und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.“¹² Die von der AfD geforderte deutliche Reduzierung der Bürokratie soll es ermöglichen, Rüstungsprojekte schneller und einfacher zu realisieren – ganz im

Interesse der Rüstungsindustrie. Ein weiteres Ziel der AfD ist es, Projekte mit ausländischen Rüstungsunternehmen, v.a. aus den USA, zu vermeiden, um dadurch die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken. So schreibt die AfD im Europawahlprogramm: „Im Rahmen künftiger Rüstungsoperationen bestehen wir auf dem Schutz deutscher Interessen. [...] Zudem muss auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Finanzierung und der anteiligen Produktion in Deutschland geachtet werden. Bei Schlüsselfähigkeiten muss Deutschland die Systemführerschaft anstreben. Neubeschaffungen von Wehrmaterial sollten vorrangig aus deutscher und europäischer Produktion stammen.“ Die AfD steht der deutschen Rüstungsindustrie also insgesamt sehr positiv gegenüber, was sich auch in Verflechtungen und potenziell korrumpierenden Näheverhältnissen zwischen Abgeordneten und Rüstungsunternehmen ausdrückt. Ein Beispiel hierfür ist der Abgeordnete Gerold Otten, der seit 2017 für die AfD im Verteidigungsausschuss sitzt und zuvor 20 Jahre lang „Eurofighter Sales Director“ beim Rüstungsunternehmen „Airbus Defence and Space“ war (siehe Kapitel „Soldaten und Rüstungslobbyisten im Verteidigungsausschuss“).¹³

Wehrpflicht

Eine Debatte, die aktuell wieder immer angeregter geführt wird, ist die um die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Hier positioniert sich die AfD sehr klar für die Wehrpflicht. Im Grundsatzprogramm heißt es, der Auftrag der Bundeswehr sei „Verpflichtung für jeden Staatsbürger“.¹⁴ Die AfD trete dafür ein, „für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen.“¹⁵ Kriegsdienstverweigerer*innen sollen nach Ansicht der AfD Wehrrersatzdienst leisten. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen. Auch im Europawahlprogramm heißt es: „Die Sicherung personeller Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr wird nur möglich sein, wenn wir die Aussetzung der Wehrpflicht wieder rückgängig machen.“¹⁶ Dadurch will die AfD erreichen, dass sich die Bevölkerung mehr mit der Bundeswehr identifiziert und ein breites Potenzial an Reser-

vist*innen besteht. Außerdem solle durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht „das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt“ werden.¹⁷ Was die AfD damit meint, bleibt unklar. Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ besagt, dass sich ein demokratischer Staat gegen Extremist*innen oder Feinde der Demokratie wehren dürfe und diese Feinde niemals die Möglichkeit bekommen dürften, die Demokratie abzuschaffen. Die AfD versucht hier mutmaßlich, diesen Begriff umzudeuten, auch weil ihr selbst immer wieder vorgeworfen wird, demokratiefeindliche Ziele zu verfolgen.

Seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine formieren sich allerdings zaghafte Gegenstimmen innerhalb der AfD gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Partei- und Fraktionschef Tino Chrupalla positionierte sich 2023 mit einer taktischen Argumentation gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht: „Ich denke, es ist jetzt nicht der Zeitpunkt über eine Wehrpflicht zu diskutieren, wo die Bürger aktuell Angst haben, dass Deutschland mit in diesen Krieg hineingezogen wird“.¹⁸ Ein anderer Abgeordneter pflichtete ihm bei und brachte das Dilemma der AfD auf den Punkt: „Ich kann ja nicht die ganze Zeit Friedens-tauben posten und dann plötzlich die Wehrpflicht in den Bundestag einbringen.“¹⁹ Er finde außerdem, dass „diese ganze Friedensnummer“ für die AfD „schrägt hängt“.²⁰ Einer der vielen AfD-Abgeordneten mit Bundeswehr-Vergangenheit hält dem entgegen: „Frieden schaffen ohne Waffen? Das ist doch Quatsch [...] ich bin doch kein Hippie!“²¹ Dies sei auch nie die Haltung der AfD gewesen. Tendenziell scheinen v.a. die Landesverbände in den neuen Bundesländern und ehemalige Mitglieder des mittlerweile formal aufgelösten, extrem rechten „Flügels“ der AfD gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu sein, während die zahlreichen Soldat*innen und die westdeutschen Landesverbände mehrheitlich für die Wehrpflicht sind.²²

Die offizielle Position der AfD ist dennoch eindeutig für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ob sich daran in den kommenden Jahren etwas ändert, bleibt abzuwarten.

Auslandseinsätze

Beim Thema Auslandseinsätze ist die Haltung der AfD zwiespältig, aber häufig ablehnend. In der laufenden Legislaturperiode wurde über insgesamt elf Auslandseinsätze der Bundeswehr abgestimmt. Davon befürwortete die AfD drei der Einsätze mehrheitlich und stimmte bei den übrigen acht Einsätzen mehrheitlich dagegen. Auffällig ist, dass es bei fünf der elf Abstimmungen Abweichter*innen unter den AfD-Abgeordneten gab.²³

Mit „Ja“ stimmte die AfD-Fraktion mehrheitlich für die Einsätze UNMISS im Südsudan, die bewaffnete Evakuierungsmission aus dem Sudan im April 2023 und die Mission ASPIDES, den jüngsten Bundeswehreinsatz im Roten Meer zum Schutz des Warenverkehrs vor Angriffen der jemenitischen Huthi-Rebellen. Ein mehrheitliches „Nein“ gab es für die Einsätze UNIFIL im Libanon, EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina, MINUSMA in Mali, den Ausbildungseinsatz im Irak, die Operationen Sea Guardian und EUNAVFOR MED IRINI im Mittelmeer, EUMPM im Niger und KFOR im Kosovo. Die AfD betont immer wieder, für sie sei es entscheidend, ob Auslandseinsätze der Bundeswehr deutschen Interessen dienen würden. Die Mission ASPIDES, über die im Februar 2024 abgestimmt wurde, verbildlicht gut, was die AfD damit meint: Der Einsatz dient dem Schutz des Warenverkehrs und der Handelsrouten über das Rote Meer.

Die AfD – eine Soldatenpartei

Soldaten und Rüstungslobbyisten im Verteidigungsausschuss

Der Verteidigungsausschuss ist ein Pflichtausschuss. In seinen Sitzungen, die grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, bereitet er Beschlüsse des Bundestags vor, gibt Empfehlungen und soll eine Kontrolle der Verteidigungspolitik der Regierung ermöglichen. Der Verteidigungsausschuss kann sich zudem selbst zu einem Untersuchungsausschuss umfunktionieren.

Die AfD ist aktuell mit vier Abgeordneten im Verteidigungsausschuss vertreten. Dies sind die Abgeordneten Jan Nolte, Rüdiger Lucassen, Hannes Gnauck und Gerold Otten. Alle vier Abgeordneten waren vor ihrer Zeit im Bundestag über längere Zeit bei der Bundeswehr und zwei der Abgeordneten haben enge Verbindungen zur Rüstungsindustrie. Dies entspricht nicht dem, was die Mehrheit der Bürger*innen von einer vermeintlichen „Friedenspartei“ erwarten dürften.

Jan Ralf Nolte (geb. 1988) ist der zweitjüngste unter den AfD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss. Von 2008 bis 2017 war er Zeitsoldat, zuletzt im Rang eines Oberbootsmanns. Von dort wechselte er direkt in den Verteidigungsausschuss, dem er bis heute angehört. Zum Abschied aus der Bundeswehr schrieb er 2017 auf Facebook:

„Der vergangene Mittwoch war vorerst mein letzter Tag bei der Bundeswehr. Der Abschied war nicht ohne Wehmut. Ich bin der Bundeswehr für Vieles dankbar. Vor allem aber dafür, dass sie mich Werte gelehrt hat, die außerhalb unserer Ka-

sernen fast vergessen sind: Treue, Aufrichtigkeit, Mut und Härte gegen sich selbst. Führungskräften bei der Bundeswehr wird beigebracht, an sich selbst einen strengen Maßstab anzulegen, gemäß dem Dienstgrad den man trägt. Ich bin froh, dass sich inmitten unserer Gesellschaft ein solcher Schatz erhalten hat: Die Bundeswehr lasse ich nach fast zehn Jahren Dienst nun hinter mir, da ich persönlich denke, dass mein Vaterland zur Stunde im Parlament verteidigt werden muss. Gegen eine verantwortungslose Politik, die es von innen erodiert und seine Zukunft bedroht.“

Jan Nolte fällt durch besonders viele Kontakte in junge, subkulturelle, extrem rechte Kreise auf. Er hat eine Vorliebe für rechte Szenemarken.²⁴ So gefällt ihm z.B. die Facebookseite der Bekleidungs-Marke „Radical Esthétique“, die dem Umfeld der extrem rechten „Identitären Bewegung“ zugeordnet wird.²⁵ Er steht außerdem Jürgen Elsässer, dem Herausgeber des rechtspopulistischen COMPACT-Magazins, nahe.²⁶ Das ist besonders interessant, weil dieser 2015 Bundeswehrsoldat*innen zum Putsch aufrief: „Die Bundesregierung löst durch die Stimulierung eines unkontrollierten Massenzustroms den Staat auf, hebt die staatliche Ordnung aus den Angeln! In dieser Situation kommt es auf Euch an, Soldaten der Bundeswehr: Erfüllt Euren Schwur und schützt das deutsche Volk und die freiheitliche Ordnung! Besetzt die Grenzstationen, vor allem die Grenzbahnstationen, und schließt alle möglichen Übergänge vor allem von Süden. Wartet nicht auf Befehle von oben! Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen.“²⁷

Vor dem Hintergrund dieses Näheverhältnisses verwundert es kaum, dass Jan Nolte selbst einen unter Terrorverdacht stehenden Soldaten als Mitarbeiter im Bundestag anstellte. Seinem (mittlerweile ehemaligen) Mitarbeiter Maximilian T. wurde vorgeworfen, als Komplize und Bundeswehr-Kamerad mit dem mittlerweile wegen Terrorplanungen verurteilten Ex-Bundeswehrsoldaten Franco Albrecht Feindeslisten angelegt, möglicherweise an Terrorplanungen mitgewirkt und diesen gedeckt zu haben. T.s Schwester ist mit dem rechten Terroristen Franco Albrecht verlobt. Albrecht plante Terroranschläge unter einer falschen Identität als Geflüchteter, um die Stimmung in Deutschland gegen Geflüchtete kippen zu lassen.²⁸ Jan Nolte stellte T. ein, während die Terrorermittlungen gegen ihn noch liefen.

Hans-Rüdiger Lucassen (geb. 1951) war 34 Jahre bei der Bundeswehr, zuletzt im Rang eines Obersts im Generalstab. Nach eigenen Angaben war er Referent bei der NATO und im Verteidigungsministerium.²⁹ Außerdem war er Gründer und elf Jahre lang Geschäftsführer des Rüstungsunternehmens pro-ades GmbH. Zum Profil des Rüstungsunternehmens schreibt er selbst: „Die pro-ades GmbH hat sich mit der Erstellung von Konzepten für Ausbildungseinrichtungen von Streitkräften und anderen Sicherheitsorganen beschäftigt.“³⁰ Die pro-ades GmbH machte u.a. mit Autokratien Geschäfte, bei denen es z.B. um die Ausbildung von Soldat*innen ging.³¹ Im Oktober 2022 forderte Lucassen, man müsse „ernsthaft über die atomare Bewaffnung Deutschlands nachdenken“.³²

Rüdiger Lucassen ist verteidigungspolitischer Sprecher und Obmann im Verteidigungsausschuss. Er war bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode im Verteidigungsausschuss vertreten.

Hannes Gnauck (geb. 1991) ist der jüngste AfD-Abgeordnete im Verteidigungsausschuss. Er war von 2014 bis 2021 Soldat auf Zeit bei der Bundeswehr und wechselte von dort direkt in den Verteidigungsausschuss. Im Juni 2021 wurde bekannt, dass der Militärische Abschirmdienst ihn als Rechtsextremist eingeordnet hat. Aufgrund des laufenden Verfahrens wurde Gnauck vom Dienst

freigestellt, erhielt außerdem ein Betretungsverbot für Bundeswehr-Liegenschaften und ein Uniformtrageverbot.³³ Die Einstufung als Rechtsextremist ist an hohe rechtliche Vorgaben gebunden und erfolgt dementsprechend relativ selten.

Seit dem 15.10.2022 ist Gnauck Vorsitzender der ebenfalls als rechtsextrem eingestuften AfD-Jugendorganisation Junge Alternative. Er forderte im Oktober 2022 Atomwaffen für Deutschland, weil Deutschland mehr sein solle „als bloß Verhandlungsmasse fremder Hegemonialmächte“.³⁴ Unterstützung für diese Forderung erhielt er von seinem Ausschusskollegen Rüdiger Lucassen.

Gerold Otten (geb. 1955) war ab 1975 für 22 Jahre Berufssoldat, zuletzt im Rang eines Offiziers. Danach war er Oberst der Reserve. Anschließend war er 20 Jahre beim Rüstungsunternehmen Airbus Defence and Space beschäftigt, wo er nach eigenen Angaben „Eurofighter Sales Director“ war. Ursprünglich war Otten FDP-Mitglied. 2013 wechselte er zur AfD.³⁵

Gemeinsam mit dem AfD-Abgeordneten Joachim Wundrak gab er 2021 das Buch „Warum Soldaten die AfD wählen“ heraus, in dem auch seine Ausschusskollegen Jan Nolte und Rüdiger Lucassen mit eigenen Beiträgen zu Wort kommen. Das Buch erschien im Gerhard-Hess-Verlag, welcher der AfD nahesteht und vom ehemaligen AfD-Abgeordneten Volker Münz geführt wird. Gerold Otten vertrat die AfD bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Verteidigungsausschuss.

Während die beiden älteren Abgeordneten Otten und Lucassen (mit einer Vergangenheit in der FDP bzw. CDU) einen ultramilitaristischen Ansatz verfolgen, der an eine radikale Version der CDU erinnert, sind die jungen, extrem rechten Abgeordneten Gnauck und Nolte eher dem pro-russischen Flügel zuzuordnen – ohne dabei jedoch die Aufrüstung der Bundeswehr kritisch zu sehen. Die Abgeordneten stehen damit stellvertretend für zwei Lager innerhalb der AfD im Bereich der Verteidigungspolitik. Durchgesetzt hat sich aktuell das pro-russische Lager um Gnauck und Nolte.



Protest der AfD gegen die Ukraine-Politik der Bundesregierung, Berlin 2022, Foto Matthias Berg (Flickr).

Selbstdarstellung als Soldatenpartei

Bis zum Beginn des Ukrainekrieges (und in weiten Teilen auch bis heute) stellte sich die AfD selbst als „Soldatenpartei“ dar, was in direktem Widerspruch zur jüngsten Selbstdarstellung als vermeintliche „Friedenspartei“ steht. Schätzungen zufolge waren im Jahr 2019 unter den 35.000 AfD-Mitgliedern 2.100 Berufssoldat*innen – eine hohe Quote. Auch unter den Funktionär*innen der AfD finden sich auffällig viele ehemalige und aktive Soldat*innen.³⁶ Dies betrifft neben den im vorherigen Kapitel bereits angesprochenen Abgeordneten im Verteidigungsausschuss auch eine Vielzahl weiterer AfD-Funktionäre, z.B. den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Peter Felser. Er war vor seiner Tätigkeit im Bundestag Bundeswehr-Offizier.³⁷

Mit Themen wie der Wiedereinführung der Wehrpflicht, mehr Anerkennung für Soldat*innen, mehr Aufrüstung oder dem Schönreden von rechten Vorfällen in der Bundeswehr versucht die AfD, rechte Soldat*innen auf ihre Seite zu ziehen – v.a. solche, die von der CDU oder der FDP enttäuscht sind. Dabei vertritt sie eine äußerst rückwärtsgewandte, heroisierende Vision des Militärs. Vor diesem Hintergrund ist auch die Aussage Alexander Gaulands aus dem Jahr 2017 zu be-

trachten, man müsse „stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.³⁸

AfD und Militär in rechten Netzwerken

Dass die AfD bewusst Politik für Soldat*innen macht und sich als Soldatenpartei darstellt, ist nicht nur dem Versuch geschuldet, diese als potenzielle Wähler*innen zu gewinnen, sondern ist auch Teil eines Kalküls der Neuen Rechten, Soldat*innen als Teil des Gewaltmonopols auf die eigene Seite zu ziehen. So betrachtet z.B. Björn Höcke Teile von Militär, Polizei und Verwaltung als wichtigen Bestandteil in seinen rechten Revolutionsfantasien. In seinem Buch beschreibt er, wie eine rechte Revolution gelingen könnte: Neben den zwei „Fronten“ auf der Straße und im Parlament (gemeint ist hier die AfD) sei auch noch eine dritte „Front“ wichtig, um das System zu stürzen. Diese bestehe aus „frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates“.³⁹ An die Soldat*innen wendet er sich mit Bezug auf das Remonstrationsrecht (das Recht, Befehle zu verweigern). Ähnlich hatte er sich bereits bei AfD-Aufmärschen in Erfurt 2015 geäußert.⁴⁰

Angesichts dieser spektrenübergreifenden strategischen Überlegungen in der gesamten Neuen Rechten verwundert es nicht, dass die AfD immer



Protest beim Wahlkampfauftakt der AfD 2014, Foto: straßenstriche.net (über Flickr).

wieder durch besondere Nähe zu militanten rechten Netzwerken unter Beteiligung von Soldat*innen auffällt.

Neben dem bereits im Kapitel „Soldaten und Rüstungslobbyisten im Verteidigungsausschuss“ beschriebenen Skandal um den AfD-Abgeordneten Jan Nolte, der den unter Terrorverdacht stehenden Maximilian T. als Mitarbeiter anstellte, gibt es weitere, ähnliche Vorgänge.

In der rechten Chatgruppe „Nordkreuz“ vernetzten sich u.a. rechte Soldat*innen und Polizist*innen, die sich auf den Umsturz und politische Morde vorbereiteten. Einer von ihnen ist der ehemalige Polizist Haik J., dem vorgeworfen wird, illegal Daten aus Polizeicomputern über politische Gegner*innen abgerufen und weitergegeben zu haben. Kurze Zeit nach dem Auffliegen der Chatgruppe wurde er 2018 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises für Innere Sicherheit der AfD in Mecklenburg-Vorpommern gewählt.⁴¹

Der bislang größte Skandal in dieser Hinsicht ist jedoch die mutmaßliche Mitgliedschaft der ehemaligen AfD-Abgeordneten Birgit Malsack-Winkemann in der „Patriotischen Union“ (auch bekannt als Reuß-Gruppe), die vom Bundeskriminalamt als terroristische Vereinigung angesehen wird. Der Gruppierung wird vorgeworfen, den

Aufbau paramilitärischer Verbände, einen Sturm auf den Reichstag und einen Putsch geplant zu haben. Beteiligt waren auch hier zahlreiche aktive und ehemalige Soldat*innen. Die ehemalige Abgeordnete soll ihre Zugangsrechte zum Parlament genutzt haben, um dem bewaffneten Arm des Netzwerks eine Ausspähung des Bundestags zu ermöglichen. Die Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß flog im Dezember 2022 auf und Malsack-Winkemann ist seitdem in Untersuchungshaft. Mehrere AfD-Abgeordnete besuchten sie seitdem und halten den Kontakt.⁴² Die direkte Verwicklung einer ehemaligen Abgeordneten in ein rechtsterroristisches Netzwerk stellt den vorläufigen Höhepunkt im Näheverhältnis zwischen AfD und gewaltbereiten, rechten Soldat*innen dar.

Einordnung der Gesamtstrategie

Zurück zur eigenen Kraft

Wenn die AfD in der Regel gegen Auslandseinsätze stimmt und auch den Krieg in der Ukraine am Verhandlungstisch gelöst sehen will, wozu braucht sie dann eine starke Armee und Rüstungsindustrie? Oder umgekehrt, wieso schwenkt eine deutschnationale Soldatenpartei die Friedensfahne? Durch ein Aufrüstungsprogramm hofft die AfD, Deutschlands „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit“ zu steigern.⁴³ Militärische Stärke sei „die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen“⁴⁴. Eine „orientierungslose Anpassungspolitik“ habe dazu geführt, dass „zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern“. Deutschlands „sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit“ sieht die AfD „erodiert“. Deutschland könne seine eigenen Interessen „nicht angemessen vertreten“ und sei „angewiesen“ auf den „Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, besonders der USA“.⁴⁵ Abhängigkeiten – egal ob „politische, militärische, wirtschaftliche“ oder „finanzielle“ – will die AfD durchbrechen. Denn Deutschland dürfe „nicht erpressbar“ sein⁴⁶. Mit einer „langfristige[n] ressortübergreifende[n] Gesamtstrategie“⁴⁷ plant die AfD die Rückeroberung der nationalen Eigenständigkeit.

Ein „souveräner Nationalstaat des deutschen Volkes“⁴⁸ ist oberste außen- und sicherheitspolitische Priorität der AfD. Denn nur wenn „die Freiheit des deutschen Volkes nicht durch auswärtige Mächte [...] beeinträchtigt wird“, könne es seine

nationalen Interessen durchsetzen und seinen Wohlstand mehren.⁴⁹

Souveränität begreift die AfD dabei weniger als Eigenständigkeit des deutschen Staates, sondern vor allem als Unabhängigkeit der deutschen Nation vom Einfluss „fremder Mächte“⁵⁰ inklusive der „früheren Siegermächte“⁵¹. Sie spricht von „Volksouveränität“⁵² und meint dabei nicht die Entscheidungsmacht der Bevölkerung, sondern den Schutz der deutschen Nation vor der Vereinnahmung von Außen.

Für Deutschland „als eine der bedeutenden Wirtschafts- und Kulturnationen der Welt“⁵³ wünscht sich die AfD ein „stärkeres außenpolitisches Selbstbewusstsein“⁵⁴. Deutschland müsse sich wieder auf seine „eigene Kraft“⁵⁵ besinnen. Ein „friedliches Miteinander der Völker“ nennt die AfD hingegen ausdrücklich an letzter Stelle ihrer außenpolitischen Prioritätenliste.⁵⁶ Nicht der Frieden, sondern „die nationalen Interessen“ und „das deutsche Volk“ stehen „im Mittelpunkt“ der strategischen Überlegungen der AfD.⁵⁷ Ob ihre Position zu Auslandseinsätzen, ihr Verhältnis zur NATO oder ihre Haltung im Ukraine-Krieg – alles bestimmendes Ziel der AfD ist es, im „Wettstreit der Nationen“⁵⁸ die Eigenständigkeit und Macht der deutschen Nation auszubauen.

Fluchtursachen bekämpfen

Aufgrund dieser deutschnationalen machtpolitischen Überlegungen vertritt die AfD zwar keine kategorische Ablehnung, aber doch eine grundlegende Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Mit Verweis auf die „katastrophalen Erfahrungen in Afghanistan, Mali und anderen

Staaten“ spricht sich die AfD „gegen den Einsatz deutscher Truppen außerhalb des europäischen Verteidigungsraumes“ aus.⁵⁹ Sie setze sich für „die friedliche Lösung von Konflikten“ ein, schreibt die Soldatenpartei in ihrem aktuellen Europawahlprogramm.⁶⁰ Ihr Ziel sei es, „internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen“.⁶¹ „Fluchtursachen“ will sie „bekämpfen“⁶². Wie das Abstimmungsverhalten der AfD belegt, ist diese Skepsis gegenüber Interventionskriegen mehr als nur ein Lippenbekenntnis. Der angebliche Wunsch nach „Frieden, Stabilität und Wohlstand“ für alle ist bei der AfD allerdings kein Selbstzweck, sondern die „Voraussetzung für ein Ende der Massenmigration“.⁶³ Im rassistischen Weltbild der AfD verstärkt Migration die „Instabilität Deutschlands und Europas“⁶⁴. In flüchtenden Menschen sieht die AfD zuweilen sogar ein „gezielt“ eingesetztes „Mittel der hybriden Kriegsführung“⁶⁵. Neben der Vereinnahmung von außen durch „fremde Mächte“ begreift die AfD vor allem auch eine Zersetzung des deutschen Volkes von innen durch Menschen aus „fremden Kulturkreisen“⁶⁶ als „ernste Bedrohung“ für den „den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“⁶⁷, ja gar als „existenzielle Gefahr“ für die „europäische Zivilisation“. Es drohe ein „Kulturabbruch historischen Ausmaßes“.⁶⁸ Die „deutsche Identität zu bewahren“⁶⁹ ist für die AfD eine „Schicksalsfrage“⁷⁰. Es ist eines ihrer „vorrangigen politischen Ziele“⁷¹, Zuwanderung „aus kulturfremden Regionen“⁷² zu „beenden und rückgängig [!] zu machen“⁷³. Die „Identität der europäischen Kulturnationen“ müsse „unter allen Umständen“ gesichert werden,⁷⁴ selbst dann, wenn das für die „westliche Wirtschaft nachteilig“ ist.⁷⁵ Zum deutschen Kulturgut, das die AfD erhalten will, zählen nebenbei bemerkt auch „die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte“ inklusive „militärische[m] Liedgut und Brauchtum“. Die deutsche Armee solle einen „starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen“ und „soldatische Haltung und Tugenden“ festigen, und zwar über den militärischen Kontext hinaus „auch in der Öffentlichkeit“, fordert die AfD in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021.⁷⁶

In den Augen der AfD sind Interventionskriege – in der Regel – nicht im deutschen Interesse.

Denn Kriege destabilisieren Länder und Regionen. Das verstärke Migrationsbewegungen. Und Migranten bedrohen im Weltbild der AfD den Fortbestand der deutschen Nation. Was nützen schon Marktzugänge, Schürfrechte oder vergrößerte Einflusszonen einer Nation, die vermeintlich von Fremden unterwandert und von innen heraus zerrieben wird? So jedenfalls die menschenverachtende Sicht der AfD. Rassismus steht bei der AfD über Profit. Statt auf militärische Interventionen und Regierungsumstürze setzt die AfD in ihrer Außenpolitik darauf, „stabile Regierungsformen [zu] fördern“⁷⁷ – ein verklausuliertes Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Diktaturen. Außerdem will sie „Maßnahmen“ durchführen, die das „weltweite Bevölkerungswachstum bremsen“⁷⁸ – wohlgermerkt „in Afrika“, nicht in Deutschland.⁷⁹

Zusätzlich zu ihrem Rassismus positioniert sich die AfD auch aus machtpolitischem Kalkül gegen Kriege. Deutschland fällt „als Mittelmacht militärisch nicht ins Gewicht“⁸⁰, da ist die Abhängigkeit von „fremden Mächten“ vorprogrammiert. Wirtschaftlich kann Deutschland vielleicht noch in der Liga der Großmächte mitspielen – militärisch ist es dazu zurzeit nicht in der Lage. Solange sie diesen strategischen Nachteil noch nicht abgeschüttelt hat, hält die AfD den Ball lieber flach und setzt auf Diplomatie.

Das bedeutet allerdings nicht, dass sie nicht dennoch Anspruch auf Ressourcen, Märkte und Arbeitskräfte anderer Länder erhebt – ganz im Sinne ihres „selbstbewussten Bekenntnis[ses]“ zu den deutschen Kolonialverbrechen, das sie im aktuellen Europawahlprogramm fordert.⁸¹ Den „Zugang zu allen [!] Rohstoff- und Absatzmärkten“ empfindet man bei der AfD als „überlebenswichtig“.⁸² Mit einer „Außenhandelspolitik“ will die AfD „einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten“ – inklusive „Zugang zu Rohstoffen“ und „Freiheit der Handelswege“.⁸³ Der deutsche Staat solle sich für „Freihandel und offene Märkte“ einsetzen⁸⁴, deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in anderen Ländern „zu investieren“⁸⁵ und „Erschließung und Exploration von Rohstoffquellen“ im Ausland „flankieren“⁸⁶. Auch bei der sogenannten Entwicklungshilfe will die AfD „die sicherheits-



Verändertes Wahlkampfplakat Hamburg 2015, Foto m.p.3. (Flickr).

politische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigen“.⁸⁷ Statt auf militärische Intervention setzt die AfD also auf „Außenwirtschaftspolitik und [...] Entwicklungszusammenarbeit“ als „wesentliche Elemente der nationalen Gesamtstrategie Deutschlands“.⁸⁸ „Je größer das Ansehen Deutschlands in der Welt“ desto eher „findet es Unterstützung bei der Durchsetzung seiner Interessen“ – so die Hoffnung der AfD.⁸⁹

In Stein gemeißelt hat die AfD ihre Ablehnung von Auslandseinsätzen allerdings nicht. Eine „Beteiligung der Bundeswehr“ an „Missionen“ außerhalb des „NATO-Bündnisgebietes“ mit „Mandat der Vereinten Nationen“ ist für die AfD durchaus denkbar, solange sie „tatsächlich“ deutschen Interessen „dienen“.⁹⁰ Sobald „vitale deutsche Interessen“ auf dem Spiel stehen sogar ohne UN-Mandat.⁹¹ Die Mission ASPIDES zum Schutz des Warenverkehrs und der Handelsroute über das Rote Meer vor Angriffen von Huthi-Rebellen ist in den Augen der AfD ein Beispiel für einen Einsatz, der deutschen Interessen diene, da Deutschland als Exportnation auf sichere Handelsrouten – auch in weit entfernten Teilen der Welt – angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund passt es ins Bild, dass die AfD dem Einsatz im Februar 2024 einstimmig zustimmte.

Geopolitik einer Mittelmacht

Dass Deutschland militärisch nicht mit den Großmächten mithalten kann, hat weitreichende außen- und geopolitische Konsequenzen. Das Territorium der BRD ist zu klein, um materielle Basis für eine Großmachtstellung zu sein. Politische Projekte, die für Deutschland eine Großmachtstellung anstreben, müssen einen Weg finden, sich Ressourcen, Märkte und Menschen im Ausland unterzuordnen. Dabei verfügt der deutsche Staat zurzeit nicht über die militärische Stärke, die notwendig wäre, um den deutschen Wirtschaftsimperalismus eigenständig mit Waffengewalt abzusichern. Vor diesem geopolitischen Grundproblem stehen alle machtpolitischen Strategien, egal aus welcher Partei.

Solange die militärische Eigenständigkeit der BRD nicht (wieder-)hergestellt ist, setzt die AfD bei der Erschließung von Rohstoffen und Märkten auf Diplomatie und zwischenstaatliche Kooperation. In diesem Zusammenhang ist der „Ausgleich mit Russland“ für die AfD von „größter Wichtigkeit“.⁹² Denn „pragmatisch betrachtet“ müsse anerkannt werden, schreibt sie in einem Grundsatzpapier, dass Russland „über die in Deutschland dringend benötigten Rohstoffe in mehr als ausreichenden Mengen verfügt“. Die

russischen Ressourcen hofft die AfD „zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen“.⁹³ Seit Jahren fordert die AfD eine Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion.⁹⁴

Für den einflussreichen US-amerikanischen Geopolitiker Brzezinski birgt ein unter deutscher Führung geeintes Europa auch ohne einen Zusammenschluss mit Russland schon die Gefahr, der USA im Kampf um die „globale Vorherrschaft“ gefährlich zu werden. Westeuropa durch eine stabile transatlantische Verankerung als „Brückenkopf“ und „Sprungbrett“ für US-amerikanischen Einfluss in den eurasischen Kontinent zu sichern, ist ein zentrales strategisches Ziel der USA.⁹⁵ Dass sich Deutschland als in der EU maßgebliche Macht aus der transatlantischen Bindung zu den USA löst und stattdessen mit Russland eine Allianz der US-Rivalen bildet, ist ein Alptraum für Washingtons Machtstrategen. 2001 hatte Putin dem Deutschen Bundestag genau diesen eurasischen Schulterchluss in Konkurrenz zu den USA vorgeschlagen. Damals erntete er für sein Bündnisangebot fraktionsübergreifend begeisterten Applaus.⁹⁶ Seit den Auseinandersetzungen um die Westbindung der Ukraine ab 2014 ist die deutsch-russische Annäherung für die regierenden Parteien und die CDU vom Tisch. Die AfD hält daran fest. Der bayrische AfD-Landesverband beispielsweise positioniert sich gegen „eine gezielte Spaltung Eurasiens“ durch die USA⁹⁷. „Transatlantiker gegen Eurasier“, postet Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt, in den sozialen Medien. Björn Höcke warf in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit 2022 in Gera den USA vor, „als raumfremde Macht auf unserem Kontinent Keile zu treiben“. Russland mit seinen „schiefer unerschöpflichen Ressourcen“ sei „der natürliche Partner“ für die Deutschen „als Nation der Tüftler und Denker“. Russland als Rohstofflieferant für die Technologie-Supermacht Deutschland – ein sehr unausgewogenes Freundschaftsangebot. Vor die Wahl gestellt zwischen dem „Regenbogenimperium“ des „neuen“ „globalistischen Westens“ und dem „traditionellen Osten“ trumpft der Antiamerikanismus sogar bei einem Faschisten wie Höcke den anti-slawischen Rassismus.⁹⁸ Die Russland-Orientierung der AfD allein auf eine

ideologische Nähe zu Putin zurückzuführen, greift allerdings zu kurz. Eine Front gegen vermeintlich Fremde, Frauen und die Queere Community teilt die AfD ja schließlich auch mit Trumps Amerika. An der anti-amerikanischen Ausrichtung der machtpolitischen Strategie der AfD hat Trumps Präsidentschaft trotzdem nichts geändert. Der Antiamerikanismus der AfD sitzt tiefer und die Freundschaft zu Russland ist vor allem auch bündnispolitisches Kalkül.

Die Juniorpartnerschaft der Bundesrepublik mit den USA ist der AfD ein Dorn im Auge. Durch einen Ausgleich mit Russland will die AfD den Rohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft auf diplomatischem Wege decken. Damit wäre das deutsche Kapital bei der Durchsetzung seiner Interessen ein Stück weit unabhängiger von der Waffengewalt der USA. Eine Annäherung zwischen Deutschland und Russland würde die transatlantische Verankerung des deutschen Staates lockern und seine Position gegenüber den USA im internationalen Kräfteverhältnis stärken.

Da Berlin nicht in der Lage ist, seine Interessen „alleine durchzusetzen“ – jedenfalls nicht „immer“⁹⁹ – setzt auch die AfD in ihrer „Sicherheitsstrategie“ „bis auf Weiteres“ noch auf die NATO.¹⁰⁰ Während sich das schlechte Verhältnis zur USA zuspitzt, entspannt sich das Verhältnis der AfD zum US-dominierten Militärbündnis sogar. Das scheint auf den ersten Blick widersprüchlich, liegt aber vor allem daran, dass die NATO seit 2014 unter dem Schlagwort der „Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung“ eine strategische Umorientierung von Interventionskriegen außerhalb des Bündnisgebietes hin zur Vorbereitung auf eine militärische Großmachtkonfrontation mit Russland vollzieht. Die AfD sieht in diesen Kriegsvorbereitungen die Reaktivierung der „klassischen Verteidigungsrolle der NATO“, die sie seit Jahren fordert. Sie „unterstützt jegliches Bestreben“ in diese Richtung, schreibt sie in ihrem sicherheitspolitischen Grundsatzpapier von 2021.¹⁰¹ Wie die Regierung fordert auch die AfD, den „europäischen Pfeiler in der NATO“ zu stärken, um den deutschen Einfluss im US-dominierten Bündnis auszuweiten und gleichzeitig der deutschen militärischen Eigenständigkeit näher zu kommen. Deutschlands Beteiligungen an den Aufrüstungsmaßnahmen

der NATO „korrespondieren“, wie die AfD in einem Papier zur Bundeswehr schreibt, mit ihrem Ziel, Deutschlands nationale militärische Schlagkraft auszubauen.¹⁰² Die 2018 von der NATO beschlossene 4x30 Initiative beispielsweise nutzt Berlin unter anderem, um Großverbände der Landstreitkräfte aufzustellen. Bei aller Freundschaft zu Russland und aller Feindschaft zu den USA trägt die AfD auch die vorrangig gegen Russland gerichteten Kriegsvorbereitungen des NATO-Blocks mit, um der militärischen Eigenständigkeit näher zu kommen.

Die AfD verschreibt sich einer „Realpolitik im deutschen Interesse“. Das bedeutet für sie, „in Einzelfragen mit denen zusammen zu gehen, die unsere Anliegen unterstützen können“¹⁰³ – ob das eine Partnerschaft mit Russland ist, um auch ohne Waffen Ressourcen zu sichern und als Gegengewicht zu den USA einen eurasischen Block zu bilden, oder eine Beteiligung an den Kriegsvorbereitungen der US-dominierten NATO, solange sie Deutschland die Möglichkeit geben, seine militärische Stärke auszubauen.

Schulterschluss mit Russland

Aus diesen bündnispolitischen Überlegungen ergibt sich die Haltung der AfD in der Ukraine-Frage. Die AfD lehnt Deutschlands Eingreifen in den Ukraine-Krieg ab. Nicht aus Pazifismus oder Anti-Imperialismus, sondern weil es in ihren Augen „nicht unser Krieg“ ist – kein Krieg im deutschen Interesse.¹⁰⁴ Fragt man Tino Chrupalla, dann sind es „die Amerikaner“, die vom Krieg in der Ukraine profitieren.¹⁰⁵ Der „große Verlierer“ wird nicht etwa Kiew oder Moskau sein, sondern Berlin, kann Alice Weidel „prophezeien“. Der Krieg in der Ukraine ist für sie ein „Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“ – geführt von den USA. Es seien „Prozesse angestoßen worden“ die Deutschland nicht „beeinflussen“ kann. „Darum(!) trete die AfD für Friedensverhandlungen ein.“¹⁰⁶ Die Fraktionsvorsitzenden sind sich einig: ein souveränes Deutschland hätte sich nicht in diesen Krieg hineinziehen lassen. Fragt man die AfD, so haben weder die Regierung unter Merkel noch die Ampel in der Ukraine-Frage Deutschlands nationale Interessen vertreten. „Völlig ohne Not“ habe Deutschland seine Rolle als neutraler Mittler auf-

gegeben, und „dem unbeteiligten deutschen Volk“ die „horrenden Kosten“ der Kriegstreiberei „aufgezwungen“.¹⁰⁷ Durch die im Zusammenhang mit dem Einflusskampf in der Ukraine verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland und dem nachhaltig belasteten deutsch-russischen Beziehungen droht Deutschland den Zugriff auf die russischen Ressourcen langfristig einzubüßen. Gleichzeitig stärkt die Militarisierung des Konflikts die USA in ihrer Position als atomare Schutzmacht Europas. Deutschland ist zurzeit militärisch zu schwach, um selbstständig einen Stellvertreterkrieg oder gar einen offenen Krieg gegen Russland zu führen – schon allein, weil es über keine Atomwaffen verfügt. Eine Eskalation und Militarisierung des Ukraine-Krieges steht im doppelten Widerspruch zum deutschen Interesse, wie es die AfD versteht. Sie schießt auf die russischen Ressourcen und will die sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA abbauen. Lieber mit den russischen Ressourcen und neuer militärischer Stärke gegen die USA, als mit den USA gegen Russland – die AfD betreibt in der Ukraine-Frage keine Friedenspolitik, sondern anti-amerikanische Bündnispolitik. Hinter der Friedensposition der AfD steht ein deutschnationales, machtpolitisches Kalkül: Im Schulterschluss mit Russland raus aus der Abhängigkeit von den USA.

Blinder Fleck: Ostimperialismus

Dass die AfD ausgerechnet in Osteuropa kein eigenständiges machtpolitisches Interesse Deutschlands erkennen kann, ist im besten Fall geschichtsvergessen. Es ist nicht das erste Mal, dass die herrschende Klasse in Deutschland das Risiko eines Weltkrieges in Kauf nimmt bei dem Versuch, sich Osteuropa unterzuordnen. Schon während des Ersten Weltkrieges war die Eroberung von Rohstoffen, Siedlungsland und Arbeitskraft in Osteuropa wesentliches Kriegsziel der Deutschen. In einem Gebiet von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine bis nach Rumänien war der deutsche Größenwahn dabei, sich eine reale Basis für eine Weltmacht zu erobern. Große Teile der von den Deutschen beanspruchten Region waren damals nicht nur Einflusszone Moskaus, sondern russisches

Staatsgebiet. Selbst das durch Abspaltung der „Randstaaten“ geschwächte Restrußland hoffte der eine oder andere deutsche Industrielle seinem Profit unterzuordnen. Der Glaube an einen Kampf der überlegenen germanischen Kultur gegen das Slawentum war weit verbreitet. „Rassenhass“ sei der Grund für Deutschlands „Gegnerschaft zu Russland“, so beispielsweise Paul von Hindenburg, Teil der Obersten Heeresleitung und späterer Reichspräsident.¹⁰⁸ Während des Zweiten Weltkrieges verfolgten die Deutschen ein siedlerkolonialistisches Projekt in Osteuropa, der sogenannte „Generalplan Ost“. 31 Millionen Menschen wollten sie vertreiben, um sich „Lebensraum im Osten“ zu erobern.¹⁰⁹ Heinrich Himmler, führende Figur des deutschen Faschismus, plante „rassisch Wertvolle aus dem Brei [der Bevölkerung Osteuropas] herauszufischen“, um sie zu germanisieren. Der Rest der Osteuropäer*innen habe den Deutschen als „führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung [zu] stehen“ und „jährlich Wanderarbeiter [zu] liefern“.¹¹⁰ Russlands Einfluss in Osteuropa zurückzudrängen, um sich ungestört Osteuropa unterordnen zu können, ist seit Jahrhunderten eine Grundsäule deutscher Machtpolitik.¹¹¹

Mit der in den Neunzigern begonnenen EU-Osterweiterung hat Deutschland dieses epochenübergreifende Ziel in weiten Teilen erreicht. Die Expansion der EU und der NATO nach Osten diente auch der Ausweitung der deutschen Einflussphäre. Dass jetzt deutsche Soldaten von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen bis nach Rumänien aufmarschieren, dass die Bundeswehr einen Stützpunkt in Litauen aufbaut, dass Berlin seine Armee und Rüstungsindustrie stärkt und dabei auf einen Krieg gegen Russland ausgerichtet – das alles ist keine bloße Hörigkeit gegenüber den USA, wie die AfD behauptet. Dass Berlin sich seit der Kapitulation 1945 in einer bis heute andauernden militärischen und politischen Abhängigkeit von Washington befindet, heißt noch lange nicht, dass Berlin die Partnerschaft zu Moskau nicht aus eigenem Kalkül auf Eis gelegt hat. Deutschland opferte seine partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht aus Vasallentum gegenüber den USA, sondern um die Osterweiterung auch des deutschen Einflusses gegen den Widerstand aus Moskau durchzusetzen. Mit

den Wirtschaftssanktionen hoffte Berlin 2014, Russland dazu zu bewegen, einen EU-Beitritt der Ukraine hinzunehmen. Erst wenn Russland „zur Vernunft“ gebracht wäre, würde „eine Partnerschaft wieder möglich“, äußerte sich Merkel damals in einer Regierungserklärung.¹¹² Russland „machtpolitische Zugriffsmöglichkeiten in Europa [zu] verwehren“, war für den damaligen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, Voraussetzung für eine deutsch-russische Partnerschaft.¹¹³

Da die AfD ohnehin eine Freihandelszone zwischen der EU und der Eurasischen Zollunion anstrebt, die Erweiterung der NATO vor allem den Einfluss der USA in Europa stärkt und die EU sowieso ein „gescheitertes Projekt“¹¹⁴ sei, stellt sich die Frage der offiziellen EU- oder NATO-Bindung der Ukraine für die AfD nicht so drängend. Dass die Strategen der regierenden Parteien und der CDU bezüglich EU, NATO, Russland und Ukraine zu anderen Einschätzungen kommen als die AfD, macht sie noch lange nicht zu Marionetten der USA. Wenn die AfD für die fatale Ukraine-Politik der deutschen Regierung allein die USA verantwortlich macht, verschleiert sie Deutschlands nationale machtpolitische Interessen in Osteuropa.

Fazit: Keine Friedenspartei

Auf den ersten Blick könnte zurzeit der Eindruck entstehen, die AfD sei eine friedenspolitische Kraft. Sie ist einer der wenigen öffentlich wahrnehmbaren Akteure in Deutschland, die eine diplomatische Lösung der Ukraine-Frage fordern. Und selbst einem zweiten flüchtigen Blick hält die Inszenierung als Friedenspartei noch stand. Schließlich vertritt die AfD seit Jahren zwar keine generelle Ablehnung aber doch eine grundlegende Skepsis gegenüber Interventionskriegen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes. Und tatsächlich stimmen die AfD-Bundestagsabgeordneten – zwar nicht immer – aber doch in der Regel gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Betrachtet man allerdings die sicherheits- und außenpolitischen Positionen der AfD als Ganzes, entpuppt sich die angebliche Friedenspartei als Partei der deutschnationalen Militarisierung. Während die Ampelregierung und die CDU die Militarisierung der BRD entweder im Kontext von NATO beziehungsweise EU vorantreiben, fordert die AfD offen die Wiederherstellung der militärischen Stärke der Mittelmacht Deutschland im nationalen Rahmen als Basis einer „selbstbewussten“ Außenpolitik. Mehr Geld für die Bundeswehr, die nationale Rüstungsindustrie stärken, die Wehrpflicht wieder aktivieren und als den deutschen Interessen dienlich empfundene Auslandseinsätze – die Aufrüstungspläne der AfD allein zeigen, dass Frieden für sie im „Wettstreit der Nationen“ im besten Fall eine mittelfristige Strategie ist. Langfristig setzt die AfD auf militärische Schlagkraft. Die „deutsche Nation“ zu erhalten und zu stärken ist zentrales Ziel der AfD. Sie sieht die Notwendigkeit, Deutschland gegen Vereinnahmung von Außen und vermeintliche Zersetzung

von innen zu verteidigen. Weder ihre Position in der Ukraine noch ihre Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen kommen aus einem friedenspolitischen Impuls. Antiamerikanismus und Rassismus sind die Triebfedern der AfD-Außenpolitik. Auch die Kritik der AfD an der Kriegstreiberei der Regierung – sei es unter Merkel oder Scholz – ist nichts als Heuchelei. Wäre es der AfD ernst mit dem Frieden, dann würde sie die kriegsvorbereitenden Aufrüstungsmaßnahmen der Regierung nicht mittragen, wie sie es seit Jahren tut. Bei der AfD träumt man nicht vom Frieden. Die AfD steht für ein militärisch eigenständiges, aus der Abhängigkeit von der einstigen Siegermacht USA befreites Deutschland. Wer mit der AfD demonstriert, marschiert für ein rassistisches Deutschland, das sich endlich wieder die militärische Stärke zurückerobert, die seinen Überlegenheitsfantasien und seinem Größenwahn gerecht wird. Damit die „bedeutende“ deutsche „Nation“ als Träger der „europäischen Zivilisation“ endlich wieder eine Armee hat, die sie von der Weltmacht Deutschland träumen lässt. Die AfD betreibt keine Friedenspolitik, sondern nationalistische Machtpolitik.

Anmerkungen

- 1 AfD NRW: [Die AfD ist die Friedenspartei!](#) 2023.
2 Alternative für Deutschland: [Programm für Deutschland](#). Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. 2016, S.31.
3 Ebd.
4 Alternative für Deutschland: [Europawahl Programm 2024](#). Europa neu denken! 2024, S.30.
5 Ebd.
6 YouTube.com: [Das ist unseriös, das haben unsere Soldaten nicht verdient!](#) - Bernd Baumann – AfD-Fraktion. 3.6.2022.
7 YouTube.com: [Die Bundeswehr wurde über Jahrzehnte kaputt gespart!](#) Dr. Michael Ependiller - AfD-Fraktion Bundestag. 6.6.2022.
8 YouTube.com: [Wir brauchen eine patriotische Wende!](#) Gerald Otten - AfD-Fraktion im Bundestag. 6.6.2022.
9 Ebd.
10 YouTube.com: [Werden Sie endlich erwachsen!](#) - Gerold Otten - AfD-Fraktion im Bundestag. 10.6.2022.
11 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.31.
12 Grundsatzprogramm (FN 2), S.31.
13 Deutscher Bundestag: [Abgeordnetenbiographie Gerold Otten](#), AfD. 2021.
14 Grundsatzprogramm (FN 2), S.32.
15 Ebd.
16 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.31.
17 Grundsatzprogramm (FN 2), S.32.
18 Tagesschau.de: [Debatte in der AfD. Der langsame Abschied von der Wehrpflicht](#). 1.3.2023.
19 Ebd.
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Bundestag: [Namentliche Abstimmungen](#). 2024.
24 [Stadt Land Volk: Outing-Flyer Jan Nolte](#). 25.3.2017.
25 Ebd.
26 Lucius Teidelbaum: [Die AfD im Verteidigungsausschuss. Einige kritische Portraits](#). 2018.
27 Jürgen Elsässer: [Aufruf an unsere Soldaten: Sicherheit die deutschen Grenzen!](#) 13.9.2017.
28 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: [Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten](#). 2019.
29 Teidelbaum (FN 26).
30 Abgeordnetenwatch: [Antwort auf Frage an Rüdiger Lucassen](#). 10.3.2023.
31 Rüdiger Lucassen: [pro-ades GmbH](#). 29.5.2018; Deutscher Bundestag: [Abgeordnetenbiografie Rüdiger Lucassen](#). 2021; Abgeordnetenwatch (FN30); Teidelbaum (FN 26).
32 Welt: [Der Atomwaffen-Plan der AfD-Jugend](#). 18.10.2022.
33 RBB24: [MAD stuft Brandenburger AfD-Politiker Gnauck als Extremisten ein](#). 27.7.2021.
34 Taz: [AfD streitet über nukleare Bewaffnung: Atomwaffen für Deutschland](#). 18.10.2022.
35 Deutscher Bundestag: [Abgeordnetenbiografie Gerold Otten](#). 2021; Teidelbaum (FN 26).
36 Maria Fiedler: [Truppen sammeln](#). Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Heike Kleffner, Mathias Meisner (Hrsg.): [Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz](#). 2019.
37 Ebd.
38 Ebd.
39 [Der rechte Rand. Cihan Balıkcı: Der rechte Marsch durch die Institutionen](#). 2020.
40 Ebd.
41 Taz: [Rechter Terror in Deutschland: Auf der Feindesliste](#). 6.7.2019; Heyer(FN28).
42 Spiegel.de: [Schlag gegen „Reichsbürger“-Truppe. Wie die mutmaßlichen Rechtsterroristen weitere Soldaten und Polizisten rekrutieren wollten](#). 8.12.2022; Spiegel.de: [„Reichsbürger“-Gruppe um Prinz Reuß. AfD-Abgeordnete halten offenbar Kontakt zu inhaftierter Terrorverdächtiger](#). 25.1.2024.
43 Arbeitskreis Verteidigung der AfD: [Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr](#). 2020. Grundsatzprogramm (FN 2), S.31.
44 Ebd., S.29.
45 Alternative für Deutschland: [Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), 2021, S.38.
46 Grundsatzprogramm (FN 2), S.29.
47 Ebd., S.6.
48 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.12f.
49 Ebd., S.53.
50 Grundsatzprogramm (FN 2), S.30.
51 Alternative für Deutschland: [Programm für Deutschland](#). Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, S.7.
52 Alternative für Deutschland: [Deutschland. Aber normal. Programm der Alternativen für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag](#), 2021, S.62.
53 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.59.
54 Ebd.
55 Ebd., S.12.
56 Grundsatzprogramm (FN 2), S.29.
57 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.58.
58 Ebd., S. 59.
59 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.30.
60 Grundsatzprogramm (FN 2), S. 30.
61 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.40.
62 Ebd., S.30.
63 Wahlprogramm 2017 (FN 52), S.21.
64 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.18.
65 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.20.
66 Grundsatzprogramm (FN 2), S.48.
67 Alternative für Deutschland: [Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament](#) 2019, S.37.
68 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.20.
69 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.13.
70 Grundsatzprogramm (FN 2), S. 47.
71 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.16.
72 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.20.
73 Europawahlprogramm 2019 (FN 68), S.37.
74 Grundsatzprogramm (FN 2), S.33.
75

- 76 Wahlprogramm 2021 (FN 53), S.67.
77 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.49.
78 Ebd.
- 79 Wahlprogramm 2021 (FN 53), S.69.
80 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.63.
81 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.51.
82 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.14.
83 Wahlprogramm 2021 (FN 53), S.70.
84 Europawahlprogramm 2019 (FN 68), S.21.
85 Wahlprogramm 2017 (FN 52), S.21.
86 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.46.
87 Grundsatzprogramm (FN 2), S.33.
88 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.45.
89 Ebd., S. 28.
90 Ebd., S. 17.
91 Ebd., S. 40.
- 92 Deutschlandfunk: [Weidel sieht einen „Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“](#). 16.10.2022.
93 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46).
94 Drucksache 19/7427, Antrag für eine neue Russlandpolitik, 30.1.2019; Europawahl Programm 2024 (FN 4).
95 Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard, 1997.
96 Deutscher Bundestag, Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag.
97 AfD-Landesverband Bayern, [Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa](#).
98 Zitiert nach Marcus Bensmann (Correctiv), Alternative für Russland: [Wie sich die AfD systematisch nach Russland orientiert](#), 22.9.2023.
- 99 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46).
100 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.64.
101 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.59.
102 Arbeitskreis Verteidigung der AfD: Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, 2020.
103 Realpolitik im deutschen Interesse (FN 46), S.59.
104 Alternative für Deutschland: Pressemitteilung „AfD demonstriert für den Frieden“. 4.4.2023.
105 YouTube.com: [Ukraine-Krieg: AfD-Chef Chrupalla gibt USA die Schuld](#). 29.11.2022.
106 Deutschlandfunk (FN 106).
107 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/5551, Antrag der AfD-Fraktion Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland, 7.2.2023.
108 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. 1961.
109 Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals. 1994, S.868-898.
110 Ebd., S.653.
111 Vgl. Fischer: Griff nach der Weltmacht. 1961.
112 Deutscher Bundestag 2014 Plenarprotokoll 18/20, Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Lage in der Ukraine am 6. März 2014.
113 Wolfgang Ischinger: [Die Ukrainekrise und die Sicherheit Europas](#). 2014.
114 Europawahl Programm 2024 (FN 4), S.9.



www.imi-online.de



www.rosalux.de